

[traduction française : pages 3 et 4]

Zürich, 03 März 2021

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verein «Schutz vor Strahlung» setzt sich für den Schutz vor hochfrequenter Strahlung ein und vertritt die Interessen von durch Funkstrahlung betroffenen Personen. Wir engagieren uns für die Wahrung der Rechte der Bevölkerung im Zusammenhang mit hochfrequenten Feldern; gegenüber Behörden, der Industrie wie auch gegenüber Unternehmen und Dritten.

Vergangene Woche veröffentlichte das Bundesamt für Umwelt BAFU eine Ergänzung zur Vollzugsempfehlung in Bezug auf die neuartigen adaptiven Antennen. Weil adaptive Antennen die Strahlung in verschiedene Richtungen fokussieren können, formuliert das BAFU Anforderungen an das QS-System und an eine „automatische Leistungsbegrenzung“. Es empfiehlt zudem, das Standortdatenblatt (liegt jeweils bei den Baugesuchsakten) mit zwei weiteren Zeilen zu ergänzen. Neu soll eine bis zu 10 Mal (!) grössere effektive Sendeleistung als bewilligt zugelassen werden. Bei Antennen-Anwohner*innen kann es so statt zu 6 V/m neu zu 19 V/m kommen. Zwischen drei Antennen sind neu Belastungen von 33 V/m möglich. Als Beschränkung soll einzig eine 6-Minuten-Mittelung sorgen. Das ist eine Grenzwerthöhung durch die Hintertür – ein klassisches Buebetrickli!

Diese Vollzugsempfehlung ist unserer Ansicht nach nicht rechtskonform, sie verletzt sowohl die NISV wie auch das geltende Umweltschutzgesetz. Zudem ignoriert sie die zahlreichen Bundesgerichtsentscheide über die Festlegung der Grenzwerte. Sie missachtet die Entscheidungen des Ständerats und wird von der Bevölkerung nicht getragen (85 Prozent der Bevölkerung sagen Nein zu einer Grenzwertlockerung, vgl. Digitalbarometer der Mobiliar 2020).

Einen Monat vor der Vollzugsempfehlung veröffentlichte die beratende Expertengruppe für nicht-ionisierende Strahlung des Bundes BERENIS einen Sondernewsletter zur aktuellen Forschungslage bezüglich NIS. Die BERENIS schreibt: «Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Mehrzahl der Tierstudien und mehr als die Hälfte der Zellstudien Hinweise auf vermehrten oxidativen Stress durch HF-EMF und NF-MF gibt. [...], auch im Bereich der Anlagegrenzwerte.“ In Bezug auf Personen mit Diabetes, Immunschwächen, Alzheimer und Parkinson erkennt die BERENIS: „[...]es ist daher zu erwarten, dass bei Individuen mit solchen Vorschädigungen vermehrt Gesundheitseffekte auftreten.“ Oxidativer Stress führt zu diversen Beschwerden, von Erschöpfung über chronische Entzündungen bis hin zu schwerwiegenden Erkrankungen.

Bereits im Bereich der Anlagegrenzwerte kann es demnach – auch bei kurzzeitiger Strahlung – zu erhöhtem oxidativen Stress kommen, womit diese Belastungen also in jedem Fall vermieden werden sollten. Die Immissions- und Anlagegrenzwerte müssten folglich in Kürze verschärft werden. Die neue Vollzugshilfe empfiehlt den Kantonen das genaue Gegenteil, nämlich eine stärkere elektrische Feldstärke oberhalb der Anlagegrenzwerte zuzulassen. Ein solcher Vollzug verletzt übergeordnetes Recht, namentlich das Umweltschutzgesetz wie auch die Bundesverfassung.

Des Weiteren möchten wir Sie darauf hinweisen, dass in der NISV in Bezug auf die Anlagegrenzwerte ausdrücklich die Rede von **Effektivwerten** ist (Art. 64, Anhang 1 NISV). Effektivwerte können maximal über die Pulsdauer (weniger als eine Sekunde) gebildet werden. Wo die NISV hingegen Mittelungen vorsieht, sind diese **ausdrücklich** so festgelegt, zum Beispiel bei den Immissionsgrenzwerten. Für die

Anlagegrenzwerte ist keine Mittelung vorgesehen. Die neue Vollzugsempfehlung ist demnach nicht mit der NISV vereinbar. Auch das Bundesgericht stützte stets die geltenden Anlagegrenzwerte im Sinn von Effektivwerten, und auch Ihre NIS-Fachstelle achtete bisher sehr genau darauf, dass bei OMEN die Anlagegrenzwerte immer und jederzeit eingehalten werden. In diesem Sinn wurden auch die Baubewilligungen erteilt.

Die Argumentation der Bundesbehörden, adaptive Antennen würden zu weniger Strahlung führen, ist aus Sicht des Betroffenen nicht plausibel. Spätestens dann, wenn weit entfernte Nutzer ihr gesamtes Festnetz direkt über das Mobilfunknetz abwickeln, nimmt die Strahlenbelastung im Nachbargebäude der Antenne (OMEN) stark zu. Denn die Antenne muss zwangsläufig durch das OMEN hindurch strahlen, um die Nutzer zu erreichen. Ob nun die Gesamtbelastung, gemittelt über die grüne Wiese, den Wald und die OMEN abnimmt, ist für die Betroffenen absolut egal. Genauso ist es auch beim Lärm: Niemand mittelt den Lärm über belastete und unbelastete Orte.

Eine Mittelung bei den Anlagegrenzwerten entbehrt jeder rechtlichen und praktisch begründeten Grundlage. Sie ist einzig und allein eine Hintertür, um effektiv höhere Feldstärken einzuführen.

Besonders suspekt sind die unterschiedlichen Korrekturfaktoren: Je nach Eigenschaften der Antenne darf sie stärker strahlen. Übertagen auf die Tempolimits für Autos sähe es dann so aus: Je mehr PS ein Auto hat, umso schneller darf es fahren, obwohl Geschwindigkeitsbegrenzungen zum Schutz der Verkehrsteilnehmer erschaffen wurden. Dasselbe gilt für die Grenzwerte, der Bundesrat legte sie zum Schutz der OMEN fest. Neu empfiehlt das BAFU für jedes OMEN einen eigenen Grenzwert, eine eigene Messmethode, eine eigene Prognose. Damit würden die Transparenz und der Überblick, was, wo ab wann bei welcher Anlage gilt und kontrolliert werden muss, vollständig verloren gehen.

Zuletzt machen wir Sie darauf aufmerksam, dass jede Leistungserhöhung – auch durch Anwendung des Korrekturfaktors – ein ordentliches Baubewilligungsverfahren erfordert. Das Verwaltungsgericht des Kantons Bern hat diesen Sachverhalt in seinem Urteil vom 6. Januar 2021 (100.2020.27U) bereits bestätigt. Sollte tatsächlich ein «Erleichterungsfaktor» eingeführt werden, seien höhere Sendeleistungen und stärkere Strahlungsimmissionen unbestritten (siehe Pkt. 4.8; Seite 12 und 13). In diesem Fall müsste gemäss Verwaltungsgericht jedoch diese Leistungserhöhung in einem separaten und ordentlichen Verfahren (nicht Bagatellbewilligung) erfolgen. Das Gericht stützt sich auf eine schweizweite Regelung, welche, sehr geehrte Damen und Herren, auch in Ihrem Kanton gilt.

Fazit: Die vom BAFU publizierte Vollzugsempfehlung für adaptive Antennen ist unvereinbar mit der NISV, dem Umweltschutzgesetz, der Bundesverfassung und dem Vorsorgeprinzip. Unter Anwendung des vorgeschlagenen Korrekturfaktors gefährden die Sendeanlagen die Gesundheit der Bevölkerung. Insbesondere sind bei den empfindlichsten Personengruppen Schäden zu erwarten. Des Weiteren ist die Empfehlung aus technischer Sicht mangelhaft, worauf wir hier nicht weiter eingehen. Das Verwaltungsgericht des Kantons Bern erklärte die Übergangsbestimmung bereits als ungültig, und dasjenige des Kantons Zürich stellte die Antennendiagramme von adaptiven Antennen grundsätzlich in Frage.

Daher erwarten wir – und auch die mehreren hunderttausenden Betroffenen – dass Sie auf die Anwendung der Vollzugsempfehlung verzichten, wo sie zu einer Aufweichung des Gesundheitsschutzes führt. Wo nicht sichergestellt ist, dass die Grenzwerte eingehalten werden, ist die Antenne abzuschalten.

Bei Fragen oder für ein Gespräch können Sie gerne mit mir Kontakt aufnehmen.
Besten Dank für Ihre Bemühungen!

Freundliche Grüsse

Rebekka Meier
Präsidentin Verein «Schutz vor Strahlung»

TRADUCTION FRANCAISE

Mesdames, Messieurs,

L'association «Schutz vor Strahlung » ("Protection contre les radiations") s'engage pour la protection contre les radiofréquences et représente les intérêts des personnes touchées par les radiations. Nous nous engageons à protéger les droits de la population en ce qui concerne les champs électromagnétiques des radiofréquences, aussi bien vis-à-vis des autorités, de l'industrie que des entreprises et des tiers.

La semaine dernière, l'Office fédéral de l'environnement OFEV a publié un supplément à la recommandation d'exécution concernant les nouvelles antennes adaptatives. Comme les antennes adaptatives peuvent focaliser le rayonnement dans différentes directions, l'OFEV formule des exigences pour le système d'assurance qualité et pour la "limitation automatique de la puissance". Il recommande également d'ajouter deux lignes supplémentaires à la fiche technique du site (jointe aux dossiers de demande de permis de construire). À l'avenir, une puissance de transmission effective jusqu'à 10 fois (!) supérieure à celle autorisée devrait être autorisée. Cela signifie que les résidents vivant à proximité des antennes peuvent désormais être exposés à 19 V/m au lieu de 6 V/m. Entre trois antennes, une nouvelle exposition de 33 V/m est possible. La seule restriction est une moyenne sur 6 minutes. Il s'agit d'une augmentation de la valeur limite par la porte de derrière - un tour de passe-passe classique !

À notre avis, cette recommandation d'application n'est pas conforme à la loi ; elle viole à la fois l'ORNI et la Loi sur la protection de l'environnement. En outre, elle ignore les nombreux arrêts de la Cour fédérale sur la détermination des valeurs limites. Elle fait fi des décisions du Conseil des Etats et n'est pas soutenue par la population (85 % de la population dit non à un assouplissement des valeurs limites, cf. baromètre numérique de la « Mobilière » 2020).

Un mois avant la recommandation d'application, le groupe d'experts pour les rayonnements non ionisants de la Confédération BERENIS a publié un bulletin spécial sur la situation actuelle de la recherche en matière de RNI. BERENIS écrit : "En résumé, la majorité des études animales et plus de la moitié des études cellulaires fournissent des preuves de l'augmentation du stress oxydatif dû aux CEM-RF et BF. [...], même dans la gamme des limites de l'ORNI". En ce qui concerne les personnes souffrant de diabète, de déficiences immunitaires, de la maladie d'Alzheimer et de la maladie de Parkinson, BERENIS reconnaît qu'"il faut donc s'attendre à ce que les personnes souffrant de ces affections préexistantes subissent des effets accrus sur leur santé". Le stress oxydatif entraîne diverses affections, de l'épuisement à l'inflammation chronique en passant par des maladies graves.

En conséquence, un stress oxydatif accru peut déjà se produire dans la plage des valeurs limites de l'installation - même avec un rayonnement de courte durée - ce qui signifie que ces expositions doivent être évitées dans tous les cas. Les valeurs limites d'immission et d'installation devraient donc être durcies dans un avenir proche. Le nouveau guide d'application recommande exactement le contraire aux cantons, à savoir autoriser une intensité de champ électrique supérieure aux valeurs limites d'installation. Cette application est contraire à la législation de niveau supérieur, à savoir la Loi sur la protection de l'environnement (LPE) et la Constitution fédérale.

En outre, nous tenons à souligner que l'ORNI fait explicitement référence aux valeurs effectives en ce qui concerne les valeurs limites d'installation (art. 64, annexe 1). Les valeurs efficaces peuvent tout au plus être calculées sur la durée de l'impulsion (moins d'une seconde). Toutefois, lorsque l'ORNI prévoit un calcul de la moyenne, cela est explicitement spécifié, par exemple pour les valeurs limites d'immission.

Aucune moyenne n'est prévue pour les valeurs limites d'installation. La nouvelle recommandation d'application n'est donc pas compatible avec l'ORNI. Le Tribunal fédéral a également toujours soutenu les valeurs limites d'installation applicables dans le sens de valeurs effectives, et votre bureau d'experts RNI a également veillé à ce que les LUS respectent toujours les valeurs limites d'installation. Les permis de construire ont également été délivrés dans cette optique.

L'argument des autorités fédérales selon lequel les antennes adaptatives permettraient de réduire le rayonnement n'est pas crédible du point de vue des personnes impactées. Plus tard, lorsque les utilisateurs distants achemineront l'ensemble de leur réseau fixe directement via le réseau mobile, l'exposition au rayonnement dans le bâtiment voisin de l'antenne (LUS) augmentera fortement. En effet, l'antenne doit inévitablement rayonner à travers le LUS afin d'atteindre les utilisateurs. Que l'exposition totale, calculée en moyenne sur la prairie, la forêt, diminue, n'a absolument aucune importance pour les personnes impactées. Il en va de même pour le bruit : personne ne fait la moyenne du bruit sur les lieux pollués et ceux non pollués.

Le calcul de la moyenne des limites d'installation n'a aucune base juridique ou pratique. Il s'agit simplement d'un biais déguisé permettant d'introduire efficacement des champs plus puissants.

Les différents facteurs de correction sont particulièrement suspects : selon les caractéristiques de l'antenne, celle-ci peut émettre plus fortement. Transposés à la limite de vitesse pour les voitures, ils ressembleraient alors à ceci : Plus une voiture aurait de puissance, plus elle serait autorisée à rouler vite, bien que des limitations de vitesse aient été créées pour protéger les usagers de la route. Il en va de même pour les valeurs limites ; le Conseil fédéral les a fixées pour protéger les LUS. L'OFEV recommande désormais une valeur limite distincte, une méthode de mesure distincte et une prévision distincte pour chaque LUS. Il en résulterait une perte totale de transparence et une vue d'ensemble de ce qui s'applique, où et quand, dans quelle installation.

Enfin, nous voudrions attirer votre attention sur le fait que toute augmentation de puissance - même en appliquant le facteur de correction - nécessite une procédure de permis de construire appropriée. Le Tribunal administratif du canton de Berne a déjà confirmé ce fait dans son jugement du 6 janvier 2021(100.2020.27U). Si un "facteur de facilitation" était effectivement introduit, des puissances de transmission plus élevées et des immissions de radiations plus fortes seraient incontestées (voir point 4.8 ; pages 12 et 13). Dans ce cas, cependant, selon le tribunal administratif, cette augmentation de puissance devrait avoir lieu dans le cadre d'une procédure distincte et ordinaire (pas de demande mineure). Le tribunal s'appuie sur une disposition nationale qui, Mesdames et Messieurs, s'applique également dans votre canton.

Conclusion : la recommandation d'exécution pour les antennes adaptatives publiée par l'OFEV est incompatible avec l'ORNI, la Loi sur la protection de l'environnement, la Constitution fédérale et le principe de précaution. En appliquant le facteur de correction proposé, les émetteurs mettent en danger la santé de la population. Il faut notamment s'attendre à des dommages dans les groupes de personnes les plus sensibles. En outre, la recommandation est déficiente d'un point de vue technique, que nous n'aborderons pas ici. Le Tribunal administratif du canton de Berne a déjà déclaré la disposition transitoire comme nulle et celui du canton de Zurich a fondamentalement remis en question les diagrammes d'antenne des antennes adaptatives.

Par conséquent, nous - et aussi les centaines de milliers de personnes concernées - attendons de vous que vous vous absteniez d'appliquer la recommandation car celle-ci conduit à un relâchement de la protection sanitaire. Lorsqu'il n'y a aucune garantie que les limites seront respectées, l'antenne doit être débranchée.

N'hésitez pas à me contacter pour toute question ou pour une discussion.

Merci beaucoup pour vos efforts !

Rebekka Meier
Présidente de l'association «Schutz vor Strahlung»